DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 29.04.2021

Fraktion	Betreff des DAes
ÖVP	Glorifizierung des menschenverachtenden Sowjet-Kommunismus *Dringlichkeit mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos);* *Antrag Punkt 1 mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ), Punkt 2 mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ, Grüne),* *Punkt 3 mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)*
ÖVP	Radweg am Grieskai zwischen Augartenbrücke und Bertha-von-Suttner-Brücke *Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen*
KPÖ	Zuzahlung zu Grazer Jahresticket erhöhen *Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)*
KPÖ	Petition - Novellierung des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes für Studierende *Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ)*
FPÖ	Parkleitsystem für Tiefgaragen, Parkhäuser und Parkflächen *Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen, Zusatzantrag einstimmig angenommen*
FPÖ	Zweites Frauenhaus für Graz *Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen*
Grüne	Altersfreundliche Stadt *Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)*
Grüne	Die Kaiserfeldgasse oder Verkehrswende ganz konkret: Begegnungszone und abendliche Fußgänger*innenzone ab Sommerferien 2021 umsetzen *Dringlichkeit einstimmig angenommen; Abänderungsantrag mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ, Grüne, Neos)*
SPÖ	Toiletten im öffentlichen Raum, speziell auf Spielplätzen und Bezirkssportplätzen *Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen*
SPÖ	Verkehrsberuhigung Annenstraße *Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)*
Neos	Intensivierung der Maßnahmen gegen Antisemitismus *Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)*

Grazer Volkspartei
GEMEINDERATSCLUB

ECO GR HR Dr. Peter Piffl-Percevic 29.04.2021

A N T R A G
zur
dringlichen Behandlung

Betrifft: Glorifizierung des menschenverachtenden Sowjet-Kommunismus

„…Es war die sensationelle Krönung einer Reihe von bahnbrechenden Leistungen der sowjetischen Raumfahrt … All das zeigt, wozu Forschergeist, Zuversicht und eine Wirtschaftsordnung jenseits von kapitalistischem Profitstreben in der Lage sein kann …. .“
Das ist nicht etwa eine Propaganda-Aussage der russischen Raumfahrtsbehörde Roskosmos aus Anlass des 60. Jahrestages des ersten bemannten Weltallfluges, sondern nur ein Auszug aus einer durchaus ernst gemeinten Presseaussendung der Grazer Kommunisten um Elke Kahr und Gefolgschaft vom 12. April 2021 zu eben diesem Ereignis. Auch die Kleine Zeitung tadelte diese Entgleisung der KPÖ mehrfach in ihrer Berichterstattung.
Diese Meldung der Grazer Kommunisten ist aus mehrerlei Hinsicht bemerkenswert: Sie romantisiert nicht nur diese Zeit und die Methoden der Sowjetunion, sie ignoriert dabei auch völlig, dass sich der Erfolg dieser Mission teilweise auf Zwangsarbeit und einem auf Unterdrückung aufbauenden Regime gründete. Kein Wort der Distanzierung, sondern stattdessen Schwelgerei und ein begeisterter Lobgesang auf Leistungen des Kommunismus, von dessen menschenverachtenden Mechanismen man sich übrigens auch heute noch in Nordkorea, Kuba oder China überzeugen kann. Keine Rede von kritischer Distanz zu jener kommunistischen Ära, deren klassische, repressive Muster bis heute nachhallen und salonfähig geblieben sind, wie aktuell das Beispiel Nawalny beweist.
In der Aussendung werden nicht etwa jene fleißigen Menschen gepriesen, welche das Raumfahrtsprojekt wohl oder übel tragen mussten, sondern es wird einem System und einer Wirtschaftsordnung gehuldigt, die vor allem von Konformitätswahn, Menschenverachtung und totaler staatlicher Kontrolle geprägt war.

Bis zu diesem 12. April 2021 hätten manche Grazerinnen und Grazer womöglich der Meinung sein können, die Grazer KPÖ trage den Kommunismus zwar im Namen, sei aber ideologisch kaum mit diesen unseligen Regimes und ihren Gräueltaten in Verbindung. Mit dieser verherrlichenden Aussendung leistet die KPÖ jedoch den Offenbarungseid und zeigt der breiten Öffentlichkeit, was sich tatsächlich hinter ihrer freundlichen Maske verbirgt: der pure Sozialismus!
Die gewählten Formulierungen in der (möglicherweise als „Freud´scher Verschreiber“ zu bezeichnenden) Presseaussendung sind für die KPÖ nämlich durchaus entlarvend, denn sie sind der Beweis, wie auch in Graz eine Kommunistische Partei tickt: systemkonform, wie anderswo auch. Vordergründig werden Lösungskompetenz und Hilfsbereitschaft signalisiert, dies jedoch im Dienste der großen Idee, dem kommunistischen System und Denken zum Durchbruch zu verhelfen.
Damit führt auch die Grazer KPÖ nun offiziell und öffentlich den Beweis, dass mit den Kommunisten kein Staat zu machen ist!

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

D r i n g l i c h e n A n t r a g:

- Alle Gemeinderatsfraktionen bekennen sich zu einer klaren Distanzierung von allen totalitären Regimen, zu denen auch der Sowjet-Kommunismus gezählt hat.

- Der Menschenrechtsbeirat möge sich des Themas „Menschenrechtsverletzungen unter kommunistischen Herrschaftssystemen und warum sich im 21. Jahrhundert angekommene Parteien davon distanzieren müssen“ annehmen und eine diesbezügliche Debatte initiieren.

- Das Kulturamt möge prüfen, ob allenfalls unter Einbeziehung des Graz-Museums eine Ausstellung zum Thema „Kommunistische Verbrechen während der Besatzungszeit“ angedacht werden und ein diesbezügliches Rohkonzept formuliert und dem Kulturausschuss bis Sommerbeginn 2021 übermittelt werden könnte.

GR HR DI Georg TOPF 29. April 2021

A N T R A G
zur
dringlichen Behandlung

Betreff: Radweg am Grieskai zwischen Augartenbrücke und Bertha-von-Suttner-Brücke

Während die zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr Ende März verlautbaren ließ, dass die Schaffung eines Radweges am rechten Murufer mit der Variante Aufgabe einer Fahrspur auf dem Grieskai (konkret stadteinwärts Richtung Norden) keine praktikable Lösung des Radwegproblems darstellen könnte, da dies laut Stellungnahme eines renommierten Verkehrsexperten der TU Graz mit weitreichenden Umwegfahrten zu Lasten sowohl des gesamten motorisierten Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs (Linien 5, 35, 39, 66 und 67 sind betroffen) als auch insbesondere der zukünftigen Südwestlinie in der Karlauerstraße gehen würde, hören sich die Aussagen der Verkehrsstadträtin einige Zeit später ganz anders an: Zur Schaffung einer eigenen Radfahrspur am Grieskai soll nun die Variante der Entfernung einer Fahrspur in Richtung Norden allenfalls noch um die zusätzliche Streichung von Parkplätzen erweitert werden.
Unserer Meinung nach muss es – entgegen des von der Verkehrsstadträtin eingeschlagenen Kurses – möglich sein, eine Lösung zu finden, wo für alle betroffenen Verkehrsteilnehmer eine möglichst zufriedenstellende Situation geschaffen bzw. die derzeit dort sehr gut funktionierende Verkehrsführung beibehalten wird und zu keinen zusätzlichen Verkehrsbelastungen im weiteren Umfeld führt.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

D r i n g l i c h e n A n t r a g

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird beauftragt, zu prüfen, ob der Lückenschluss des Radweges am rechten Murufer zwischen Augartenbrücke und Berta-von-Suttner-Brücke nicht insofern möglich ist, als dass der bestehende Gehweg im Uferbereich mittels einer balkonartigen Auskragung bzw. Galeriekonstruktion im Einvernehmen mit der Wasserrechtsbehörde, der Abteilung Grünraum/Gewässer und dem Naturschutzbeauftragten den Baumbestand schonend zu einem entsprechend breiten Radweg ausgebaut werden kann und der Gehweg als Gehsteig (wenn überhaupt erforderlich, weil auf der Westseite ohnedies einer vorhanden!) auf der ostseitig aufzulassenden Parkspur Platz findet.
Dabei könnte bei dieser neuen Radwegführung auf der Ostseite des Grieskais mit Auflassung der dortigen Parkplätze ein „Superblock-System“ (Kammernsystem) mit Einbahnregelungen im Bereich Stadlgasse - Lagergasse - Herman-Bahr-Gasse - Rankengasse angedacht und durch Schrägparkplätze der Entfall derselben kompensiert werden.
Selbstverständlich muss der Kreuzungspunkt mit dem Ost-West/West-Ost geführten Radweg im Schattenbereich der Bertha-von-Suttner-Brücke großzügig und vor allem

gut einsicht- und überschaubar gestaltet werden. Dies könnte im Zuge der Renovierung der Radbrücke unter der Bertha-von-Suttner-Brücke im heurigen Jahr mit einer bogenförmigen, nach Süden gerichteten Einbindung in den bestehenden Radweg berücksichtigt werden.
Wegen der zu erwartenden weitreichenden, umweltbelastenden Umwegfahrten, z.B von der Herrgottwiesgasse (Puchstraße) linksabbiegend in den Schönaugürtel, dann wieder rechtsabbiegend in die Karlauerstraße (zukünftig mit der Südwestlinientrasse) über Griesplatz / Zweiglgasse oder Stadlgasse / Lagergasse / Zweiglgasse zur Augartenbrücke oder Stadlgasse / Lagergasse / Hermann-Bahr-Gasse, im Bedarfsfall dann wieder Richtung Süden zu den Therapieeinrichtungen bei der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau kann die Auflassung der Fahrspur Richtung Norden am Grieskai zwischen Augartenbrücke und Bertha-von-Suttner-Brücke keinesfalls als anzustrebende Lösung angesehen werden.

Mit den vorgeschlagenen Konzepten könnte der notwendige Lückenschluss des Radweges am rechten Murufer gelingen, der allen Beteiligten den ihnen gebührenden Raum gibt, Nutzungskonflikte ausschließt und den geforderten Sicherheitsaspekten gerecht wird. Damit würde weder eine Beeinträchtigung des insgesamt sehr gut funktionierenden motorisierten Individualverkehrs und öffentlichen Verkehrs noch der künftigen Südwestlinie in der Karlauerstraße bewirkt. Diese Meinung wird auch von vielen ExpertInnen vertreten.

KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 29. April 2021

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **Zuzahlung zu Grazer Jahresticket erhöhen**

Mit 1. Juli werden die Tarife beim steiermärkischen Verkehrsverbund wieder erhöht. Die Jahreskarte wird dann bereits € 490,- kosten. Mit der derzeitigen Zuzahlung seitens der Stadt Graz wird die günstige Jahreskarte Graz, die es seit 2015 gibt, erstmals die 300-Euro-Schallmauer durchbrechen. Konkret wird man für sie € 315,- bezahlen müssen.

Dass die Jahreskarte Graz ein Erfolgsmodell ist, zeigen die Zahlen:
2014 wurden 12.000 Jahreskarten zum Vollpreis verkauft, 2015 - im ersten Jahr, in dem das Zuzahlungsmodell in Kraft war - waren es bereits 34.000 Stück; 2018 waren es dann erstmals über 40.000 verkaufte Jahreskarten.

Bereits 2019 stagnierte der Verkauf der Jahreskarte und das Jahr 2020 ist coronabedingt nicht vergleichbar. Durch das de facto „Einfrieren" der Zuzahlung der Stadt Graz wird die prozentuale Lücke zwischen Jahreskarte Graz und dem Normaltarif der Jahreskarte langsam geschlossen. Das heißt, der Vorteil verpufft, wenn nicht gegengesteuert wird.

Sowohl aus verkehrspolitischen, als auch aus sozialen und ökologischen Gründen ist es wünschenswert, mehr Menschen zum Umsteigen auf Öffentliche Verkehrsmittel zu gewinnen. Dazu gehört ein gutes Angebot ebenso wie günstige Tarife. Die Jahreskarte Graz soll hier wieder zum Motor werden. Wünschenswert sowie auch notwendig wäre hier eine spürbare Entlastung.

Für die Grazerinnen und Grazer sollte die Jahreskarte wieder um den damaligen Einführungspreis, also € 228,-, höchstens jedoch € 268,- betragen. Der aktuelle Preis beträgt ja € 298,- und während des 1. Lockdowns wurde in den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht kontrolliert, es gab also Freifahrt. Der steiermärkische Verkehrsverbund entschädigte die Jahres- und Halbjahresbesitzer mit einem 10 %igen Rabatt, damit beträgt der Preis für die Jahreskarte Graz bis Ende Mai noch € 268,-.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, im Zusammenhang mit den Tarifsteigerungen per 1. Juli 2021 Möglichkeiten zu prüfen, die Zuzahlung der Stadt Graz zur „Jahreskarte Graz“ entsprechend - wie im Motivenbericht ausgeführt - zu erhöhen.

KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer

Donnerstag, 29. April 2021

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **Petition - Novellierung des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes für Studierende**

Die Folgen der Coronakrise treffen auch Studierende in der Stadt Graz besonders hart. So zeigt sich, dass ansteigende soziale und finanzielle Probleme die ohnehin schon belastende Situation während des Studiums zusätzlich verschärfen. Da es z.B. auch vielfach keine Möglichkeiten mehr gibt, neben dem Studium - im Handel, Tourismus oder der Gastronomie - etwas dazu zu verdienen, fällt es somit vielen Studierenden aufgrund dieser existenzbedrohlichen Situation immer schwerer, die anfallenden Lebens- und Wohnkosten abdecken zu können.

Bezogen auf die Wohnkosten für Studierende zeigt sich, dass sie laut einer Studierendensozialerhebung aus dem Jahr 2019 im Vergleich zu 2015 um 14 Prozent gestiegen sind. In der Stadt Graz geben somit Studierende im Schnitt 410 Euro pro Monat für Wohnkosten aus. Durchschnittlich müssen sie deshalb 37 Prozent ihres Gesamtbudgets für Wohnen aufwenden. Damit ist ihr Wohnkostenanteil beinahe doppelt so hoch wie jener der durchschnittlichen österreichischen Wohnbevölkerung zwischen 20 und 39 Jahren, der bei 21 Prozent liegt. Diese stark angewachsene Kostensteigerung lässt sich auch daran ablesen, dass in den vergangenen zehn Jahren, von 2009 bis 2019, ein Anstieg der Kosten von 36 Prozent an unserem Hochschulstandort Graz zu verzeichnen ist.

Diese belastende Situation für Studierende hat sich zusätzlich aber auch dadurch erhöht, da das Land Steiermark im Jahr 2016 eine Veränderung der alten Wohnbeihilfe hin zur aktuell geltenden Wohnunterstützung umgesetzt hat, wodurch viele Studierende zu großen Teilen vom Bezug ausgeschlossen worden sind. Der Hauptgrund dafür war die Einbeziehung der Elterneinkommen der Studierenden in deren jeweiliges Haushaltseinkommen bei der Berechnung der Wohnunterstützung. So reicht bereits ein Einkommen der Eltern von 2300 Euro netto pro Monat, um eine Wohnunterstützung für das studierende Kind zu untersagen. Dabei werden sogar eine Familien- und gegebenenfalls auch eine Studienbeihilfe einberechnet. Studierende leben jedoch nicht nur allein in eigenen Wohnungen, sondern vor allem auch in

Wohngemeinschaften und beabsichtigen dadurch die Wohnkosten mit den MitbewohnerInnen zu teilen, in der Hoffnung, dadurch etwas einsparen zu können. Aber wenn z.B. eine Person in dieser Wohngemeinschaft besserverdienende Eltern hat, kann das bereits ein ausreichender Grund sein, eine Wohnunterstützung zu untersagen.
Ebenfalls nachteilig wirkt sich für Studierende und ihre Familien aus, dass in der Berechnung der Wohnunterstützung nicht berücksichtigt wird, ob Eltern zusammen oder getrennt in zwei Haushalten mit separaten Wohnkosten leben. Auch weitere studierende Kinder finden bei der Berechnung der Wohnunterstützung keine Berücksichtigung.

Diese Veränderungen der Rahmenbedingungen auf Landesebene im Jahr 2016 und deren Folgewirkungen, nämlich der Ausschluss vom Bezug vieler Studierender und die damit auch verbundenen Kürzungen der finanziellen Mittel für eine Wohnunterstützung, verdeutlichen jetzt vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisensituation bedingt durch Corona umso mehr, dass rasches Handeln gefragt ist, um dem wachsenden finanziellen Druck auf Studierende im Bereich der Wohnkosten entgegenwirken zu können.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Es ergeht an das Land Steiermark die Petition, wonach eine Novellierung des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes insofern zu veranlassen ist, dass damit das Einkommen von Studierenden für die Berechnung der Wohnunterstützung unabhängig vom Einkommen jener Personen, die ihnen Unterhalt zahlen, herangezogen wird.

FPÖ GRAZ
Gemeinderatsklub

Gemeinderat Ing. Roland Lohr
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 28. April 2021

Betreff: Parkleitsystem für Tiefgaragen, Parkhäuser und Parkflächen
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Bevölkerungswachstum wird sich in Graz auch in Zukunft dynamisch entwickeln – dazu kommen tägliche Berufspendler und Stadtbesucher. Im Bereich der urbanen Mobilität und trotz gezielter Förderung des Modal Split, hin zu einer verstärkten Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wird Parken weiterhin eine wesentliche Rolle spielen – sei es Parken am Arbeitsplatz, Zuhause, in der Innenstadt oder an der Stadtgrenze. Jede Autofahrt endet auf einem Parkplatz. Besonders im Zentrumsgebiet von Graz ist die Suche nach einem freien Parkplatz ein nicht immer einfaches Unterfangen. Die Parkplatzsuche belastet nicht nur die Nerven der Autofahrer, sondern führt auch zu einer zusätzlichen Belastung des Straßennetzes und der Umwelt. Parkleitsysteme (PLS) lassen einen Parkplatz auf dem kürzesten und schnellsten Weg finden und ersparen den Autofahrern nicht nur Zeit, sondern auch Geld und machen Graz speziell für Besucher attraktiv. Die schnellste Möglichkeit einen Parkplatz in Graz zu finden, ist in einer Tiefgarage, einem Parkhaus oder auf Parkflächen. Als ersten Schritt hin zu einem flächendeckenden Parkleitsystem für Graz wäre, die motorisierten Verkehrsteilnehmer durch PLS-Signaltafeln frühzeitig zu orientieren, wo und wie viele freie Parkplätze im Moment in einer Tiefgarage oder einem Parkhaus bzw. auf Parkflächen zur Verfügung stehen. Weiters wie diese Abstellmöglichkeiten auf direktem Weg zu erreichen sind. Als zusätzliches Service soll man sich schon im Internet oder über eine App vor Antritt der Fahrt in oder nach Graz über ein Smart Parking System informieren können, wo noch freie Parkplätze und andere Informationen zum Thema „Parken in Graz“ zu finden sind.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird beauftragt, unter Einbindung der Betreiber ein Konzept für ein Parkleitsystem für Tiefgaragen, Parkhäuser und Parkflächen zu entwickeln und dem Gemeinderat in seiner Sitzung im Oktober 2021 zu präsentieren, das folgende Punkte enthält:

- PLS-Signaltafeln für den Innenstadtbereich von Graz, die die aktuelle Zahl der freien Plätze anzeigen sowie statische Wegweiser.

- Ein Smart Parking System das zusätzlich zu den freien Parkplätzen weitere Informationen wie Anzahl der Parkplätze, Öffnungszeiten, Tarife und einen Stadtplanausschnitt bietet.

- Eine effektivere Ausschilderung der Tiefgaragen und Parkhäuser zur Erleichterung der Auffindbarkeit beziehungsweise der Einfahrtsmöglichkeit.

Zusatzantrag

der Grünen - ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 29. April 2021

von

Klubobmann GR Karl Dreisiebner

Betreff: Dringlicher Antrag von GR Roland Lohr „Parkleitsystem für Tiefgaragen, Parkhäuser und Parkflächen

Neben dem im Antrag geforderten Leitsystem und der Auslastungsinformation v.a. von privat betriebenen Tiefgaragen und sonstiger Park-Anlagen der diversen Anbieter, würde die Stadt Graz zur Unterstützung der Arbeit der Verkehrsplanung, der Stadtplanung sowie als Entscheidungsgrundlage für die städtische Politik, gut daran tun, auch Daten zu den über die Zeit unterschiedlichen Auslastungen in genannten privaten (Tiefgaragen-)Anlagen zu erheben.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Zusatzantrag

Des Weiteren ersucht der Gemeinderat Verkehrsstadträtin Kahr, mit den privaten (Tief-)Garagenbetreibern zu vereinbaren, die für das Leitsystem und für ein Smart Parking System zu erhebenden Daten der Verkehrsplanung in geeigneter Weise zur Verfügung zu stellen.
Die so erhobenen anonymisierten Datensätze sollen der Verkehrsplanung Grundlagen über die tatsächliche Auslastung entlang von Wochentagen, Tagesstunden und durchschnittlicher Parkdauer liefern. Die Daten dienen ausschließlich der magistratsinternen Planungsabteilungen und dürfen keinesfalls Dritten zur Verfügung gestellt werden.

FPÖ GRAZ
Gemeinderatsklub

Gemeinderätin Claudia Schönbacher
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 28. April 2021

Betreff: Zweites Frauenhaus für Graz
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In einer steirischen Tageszeitung war in der vergangenen Woche zu lesen, dass die beiden Frauenhäuser in Graz und Kapfenberg laut der Vorsitzenden des Vereins „Frauenhäuser Steiermark“, Michaela Gosch, überbelegt sind. Laut Information des Vereins bieten die beiden Häuser insgesamt Platz für 72 Personen. Davon stehen 45 Plätze in Graz und 27 in Kapfenberg für Frauen und deren Kinder zur Verfügung.
Neben dem Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder, steht auch Gewaltprävention (körperliche, psychische, sexuelle, ökonomische und soziale Gewalt), Bewusstseinsbildung sowie Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit im Fokus. Die Finanzierung dieser Einrichtungen wird von der Stadt Graz sowie dem Land Steiermark und Spendern übernommen. Der Grund für die Überbelegung ist in einer verstärkten Gewaltanwendung innerhalb der Familien zu finden, die die Mütter mit ihren Kindern in letzter Konsequenz in ein Frauenhaus flüchten lässt. Der Anteil der Kinder in diesen Schutzeinrichtungen liegt derzeit bei 60 Prozent.
Im Vorjahr wurden in der Steiermark 1182 Betretungsverbote ausgesprochen und der Anfang April in Graz verübte Messer-Mord eines Afghanen an seiner Frau hat uns alle schockiert. Das die Täterarbeit über die Männerberatungsstelle speziell bei Migranten oft nicht wirkt, darf hier nicht verschwiegen werden und wird von den befragten Experten bestätigt. Auch die steigende Gewaltbereitschaft von Schülern in den Schulen ist zumeist auf das Milieu, in dem das Kind aufwächst, zurückzuführen.
Im Jahr 2019 wurden 114 Frauen und 116 Kinder im Grazer Frauenhaus aufgenommen und der Vergleich mit den Vorjahren zeigt eine kontinuierliche Zunahme. Um auch in Zukunft jeder Frau und jedem Kind, das mit Gewalt in der Familie konfrontiert ist und keinen anderen Ausweg findet, ein geschütztes Umfeld zu garantieren, muss das Angebot der Frauenhäuser ausgebaut werden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Landes Steiermark – im Besonderen die Landesregierung – werden am Petitionswege ersucht:

- Gemeinsam mit der zuständigen Stelle der Stadt Graz die Notwendigkeit eines zweiten Frauenhauses in Graz zu prüfen, um von familiärer Gewalt betroffenen Frauen und Kindern Ruhe und Sicherheit zu garantieren und psychologische Unterstützung zu gewährleisten.

- Generell muss auch die Nachbetreuung durch geschultes Personal und die Unterbringung in Übergangswohnungen gesichert und bei Bedarf ausgebaut werden.

Dringlicher Antrag
der Grünen-ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 29.04.2021

von

GR Mag. Gerald Kuhn

Betrifft: Altersfreundliche Stadt

Der Bevölkerungsanteil von älteren Menschen wächst. In Graz leben derzeit an die 68.500 Menschen, die älter als 60 Jahre sind, das sind 23% der Stadtbevölkerung. Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil auf rund 28% steigen.[1] Damit wird es auch immer bedeutsamer, dass Politik und Verwaltung die Bedürfnisse älterer Menschen in ihr Planen und Handeln miteinbeziehen. Neben der Gesundheit sind insbesondere die Bedürfnisse nach Selbständigkeit, nach sozialen Kontakten und nach Teilhabe am öffentlichen Leben zentral.

Mobilität, sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen vier Wände, erlaubt es den Menschen auch mit zunehmendem Alter, sich Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu erhalten. Hier besteht jedoch eine Vielzahl von Defiziten, die es älteren Menschen erschwert, selbstbestimmt am öffentlichen Leben teilzunehmen. Beispiele dafür sind unzureichende ÖV-Verbindungen, mangelnde Barrierefreiheit in Bussen und Straßenbahnen, zu schmale Gehsteige, kurze Ampelphase oder zu wenige gesicherte Möglichkeiten die Straßen zu queren. Im öffentlichen Raum gibt es noch zu wenige altersgerechte Sitzmöglichkeiten, zu wenige Bäume und Grünoasen, Trinkbrunnen und barrierefreie öffentliche Toiletten.

Viele Gefahren, die alle Stadtbewohner*innen tangieren, sind für ältere Menschen aufgrund körperlicher Beeinträchtigungen besonders bedrohlich. Das Sicherheitsbedürfnis von älteren Menschen ist dementsprechend höher als jenes von jüngeren. Sie erleben teilweise das Tempo des Autoverkehrs oder auch die Straßenbeleuchtung anders, weil sie verletzlicher sind.

Die Gesundheit und das Wohlbefinden von älteren Menschen hängen auch maßgeblich von sozialen Kontakten und der Teilhabe am öffentlichen Leben ab. Oft fehlen jedoch Möglichkeiten sich zu treffen

[1] Bevölkerungsprognose Graz 2015-2034, Referat für Statistik der Stadt Graz

und Kontakte zu knüpfen, aber auch innovative Wohnmodelle, die Nachbarschaftshilfe und Austausch ermöglichen und fördern, sind Mangelware. Hinzu kommt die rasante Digitalisierung unserer Gesellschaft, die ältere Menschen immer öfter von wichtigen Kommunikationskanälen abschneidet. Einkaufszentren und Online-Handel verdrängen zunehmend die Nahversorger*innen in der Wohnumgebung. Damit werden die Wege für die alltäglichen Einkäufe länger. Auch fehlen Serviceangebote beim Einkaufen in der Innenstadt wie z.B. die Möglichkeit, Einkäufe zwischenlagern zu können oder Rastmöglichkeiten ohne Konsumzwang.

Ziel muss es sein, dass bei allen Projekten und Vorhaben der Stadt die Bedürfnisse von älteren Menschen mitberücksichtigt werden. Natürlich starten wir hier nicht bei Null. Das Referat für barrierefreies Bauen oder das Senior*innenreferat sind z.B. wichtige Angebote der Stadt. Bei neuen Stadtentwicklungsgebieten wird erfreulicherweise Barrierefreiheit stark mitgedacht und auch im Bereich von altersgerechter Stadtmöblierung gibt es gute Ansätze. Graz hätte aber auch die Möglichkeit, von anderen Städten und Kommunen zu lernen, sich auszutauschen und erfolgreiche Maßnahmen zu übernehmen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat im Jahr 2010 das Netzwerk der altersfreundlichen Städte und Kommunen ins Leben gerufen, die „Age-friendly Cities and Communities" (ACF).[2] Derzeit sind an die 1.000 Städte aus über 40 Ländern, u.a. Amsterdam, Bern, Brüssel, Lausanne, New York oder Stockholm, Mitglieder in diesem Netzwerk. Kanada ist sogar als gesamtes Land beigetreten. Die Mitgliedsstädte und –kommunen verpflichten sich, den Bedürfnissen älterer Menschen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, sie tauschen sich zum Thema aus, diskutieren sowohl positive als auch negative Beispiele aus dem Alltag und lernen so voneinander. Konkrete Maßnahmen und Empfehlungen können in einer Datenbank eingesehen werden.

Inhaltlich entscheidet natürlich jede Gemeinde selbst, welche Schwerpunkte sie setzt. Diese können sich der Barrierefreiheit bei Wohnen und Mobilität, den Nachbarschaftshilfen, der gesundheitlichen Versorgung oder Treffpunkten im Stadtteil (Stichwort Stadtteilzentren) widmen, es kann aber auch um die Versorgung mit Grünflächen, die fußläufige Erreichbarkeit von Nahversorgung oder um günstige, altersgerechte Sportangebote gehen.

Die Mitgliedschaft beim Netzwerk der „Age-friendly-Cities and Communities" wäre eine Chance, um neue Ideen und Konzepte nach Graz zu holen und würde einen Innovationsschub in der Senior*innenpolitik bedeuten. Die Instrumente, die das Netzwerk zur Verfügung stellt, wie beispielsweise Checklisten, ermöglichen es Politik und Verwaltung außerdem, laufend das Bewusstsein für die Bedürfnisse der älteren Bürger*innen zu schärfen.

---

[2] https://extranet.who.int/agefriendlyworld/age-friendly-cities-framework/

In diesem Sinne stelle ich folgenden

Dringlichen Antrag

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass die Bedürfnisse von älteren Menschen laufend in die Planung und Umsetzung von Projekten und Vorhaben der Stadt einfließen und innovative Modelle entwickelt werden, die es älteren Menschen in unserer Stadt ermöglichen, selbstbestimmt zu leben und am öffentlichen Leben teilzuhaben.

2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, eine Mitgliedschaft der Stadt Graz beim Netzwerk der „Age-friendly Cities and Communities" der WHO zu prüfen und dem Gemeinderat bis Juni 2021 darüber Bericht zu erstatten.

Dringlicher Antrag
der Grünen-ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 29. April 2021

von

Klubobmann GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Die Kaiserfeldgasse oder Verkehrswende ganz konkret: Begegnungszone und abendliche Fußgänger*innenzone ab Sommerferien 2021 umsetzen.

Mindestens einmal im Jahr wird in Graz zurecht die Frage aufgeworfen, ob denn die wunderschön baumbestandene und sehr belebte Kaiserfeldgasse nun denn schon autofrei oder zumindest stark parkplatz- und verkehrsreduziert worden sei. Und jedes Mal, wenn diese Frage gestellt wird, verweist die Grazer Stadtpolitik auf einen späteren Zeitpunkt. Es erinnert ein wenig an das Ritual um das Murmeltier Phil in Punxsutawney, das Jahr für Jahr das Winterende verkündet. Aber ganz anders als beim frustrierenden Ritual um die Grazer Kaiserfeldgasse sagt Phil in aller Regel den baldigen Beginn des Frühlings für Pennsylvania voraus. Aber zurück vom fernen Pennsylvania nach Graz und in unsere schöne, leider von zu vielen Autos zugeparkte Innenstadt.

Die Wirtschaftstreibenden vor Ort, die Regionalstelle der Wirtschaftskammer, Anwohner*innen, Besucher*innen, Tourist*innen und Kund*innen wünschen sich eine andere, eine verkehrsberuhigte Kaiserfeldgasse. Sogar die meisten Stadtpolitiker*innen – nicht aller, aber beinahe aller Couleur – haben in den letzten Jahren zumindest einmal von einer anderen Kaiserfeldgasse, von einer verkehrsarmen Kaiserfeldgasse, öffentlich gesprochen. Und es gab dazu auch schon Aussagen, die man sogar als Zusagen für eine Fuzo oder eine Bezo deuten konnte.

Klingt gut, ist es aber nicht. Denn statt das Zugesagte umzusetzen, wird auf die Arbeit an einem Gesamtverkehrskonzept für das Joanneumviertel verwiesen. Wenn es um die gesamte Verkehrsabwicklung in der Innenstadt-West bzw. im Joanneumviertel geht, kann und soll man das machen. Was dabei aber so gar nicht nachvollziehbar ist: Warum kann eine kleine, für die Verkehrsabwicklung so gut wie bedeutungslose Gasse nicht vorgezogen werden? Warum kann eine

Gasse, die keine Verbindungsfunktion hat und nur aufgrund des Parksuchverkehrs von Autofahrten betroffen ist, nicht vorgezogen verkehrsberuhigt werden? Und sei es nur als Probelauf, als Test, der – wie ich annehme – äußerst geringfügigen Auswirkungen auf umliegende Straßen messbar machen und die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die verkehrsberuhigte Gasse aufzeigt wird.

Ein solch vorgezogener Test, gerade in der Kaiserfeldgasse, wo es sehr viele Befürworter*innen gibt, wo man sich auf einen solchen Praxistest Richtung Verkehrswende und urbanem Leben mehr als nur freut, kann, verbunden mit einer Befragung von Stakeholdern, Anwohner*innen und Besucher*innen auch neue und bessere Grundlagen für weitere Überlegungen und Konzepte schaffen. Die Stimmung für eine probeweise Begegnungszone ist gerade jetzt gut. Ohne aufwendige Konzeptionsarbeit und ohne kostenwirksame Umbauten könnten die Kfz-Durchfahrten und der Parksuchverkehr reduziert, sozialer Raum und menschliche Begegnungsmöglichkeiten - konsumfrei aber auch mit Konsum bei den lokalen Unternehmen - maximiert und so ein neues Stadtgefühl ausprobiert werden. Ich bin überzeugt, dass aus dem Ausprobieren eine dauerhafte Lösung und ein fester Bestandteil einer gut besuchten und stark belebten Innenstadt wird. In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

~~1. Der Gemeinderat beauftragt Verkehrsstadträtin Elke Kahr, in der Kaiserfeldgasse – östlich der Neutorgasse und westlich der Einmündung am Eisernen Tor - mit Beginn der Sommerferien eine Tempo-20-Begegnungszone inkl. abendlichem und sonntäglichem allgemeinen Fahrverbot (ausgenommen Berechtigte im Schritttempo) fachlich und rechtlich vorzubereiten.~~

~~2. Weiters beauftragt der Gemeinderat Verkehrsstadträtin Elke Kahr, die Auflassung der Kurzparkzone-Stellflächen – ausgenommen Behindertenparkplätze, Ladezonen, Anwohner*innen-Stellflächen und dgl. - mit Ferienbeginn ab 10. Juli 2021 unter Einbeziehung der Bezirksvertretung, der Handels- und Gastronomiebetrieben und weiterer zu befassender Institutionen zu prüfen.~~

~~3. Des Weiteren wird Stadträtin Elke Kahr ersucht, eine Befragung von Stakeholdern, Anwohner*innen und Nutzer*innen im Spätsommer/Frühherbst 2021 durch die zuständige Abteilung zu veranlassen.~~

~~4. Über die gesetzten Maßnahmen und über die Ergebnisse begleitender Evaluierungen und Befragungen ist dem Ausschuss für Verkehr in der Oktober-Sitzung 2021 ein Informationsbericht vorzulegen.~~

GR HR DI Georg TOPF 29.4.2021

A B Ä N D E R U N G S A N T R A G

Betr.: Abänderungsantrag zum DA der GRÜNEN, eingebracht von Herrn KO Karl Dreisiebner, betreffend „Die Kaiserfeldgasse oder Verkehrswende ganz konkret: Begegnungszone und abendliche Fußgänger*innenzone ab Sommerferien 2021 umsetzen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den

A n t r a g,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird aufgefordert, den im Dringlichen Antrag angeführten örtlichen Bereich aus dem Gesamtverkehrskonzept für die Innenstadt in Form eines zeitlich limitierten Pilotprojektes vorzuziehen, die Auswirkungen dieser im vorliegenden Dringlichen Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen (Punkte 1 bis 4) in den zuständigen Ämtern und Abteilungen prüfen zu lassen und sodann das Ergebnis im Vorfeld der kommenden GR-Sitzung in einem hiezu einzuberufenden Verkehrsausschuss zur Diskussion vorzulegen.

Im Falle einer positiven Beurteilung eines solchen zeitlich limitierten Pilotprojektes möge hierüber ein Stück für die nächste Gemeinderatssitzung im Mai 2021 vorgelegt werden.

Betreff: Toiletten im öffentlichen Raum, speziell
auf Spielplätzen und Bezirkssportplätzen

SPÖ GRAZ
GEMEINDERATSKLUB

A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingebracht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 29. April 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Es sind oft nur Kleinigkeiten, die am Ende für die Betroffenen zur großen Not werden: Etwa, wenn Kinder auf Spielplätzen auf die Toilette müssen, wenn NutzerInnen von Bezirkssportplätzen ein dringendes Bedürfnis verspüren. Denn: WC-Anlagen auf unseren städtischen Spiel- und Bezirkssportplätzen sind leider eher Seltenheit.

Urgiert wurde das Problem von uns in Gemeinderatsinitiativen schon mehrmals, einmal bekamen wir daraufhin sogar eine Antwort, in der unter anderem zu lesen war, dass „nach Möglichkeit die Errichtung von öffentlichen Toiletten auf Bezirkssportplätzen einvernehmlich vermieden“ werde. Leider wurde nicht ausgeführt, wer da mit wem das Einvernehmen gesucht haben soll – eher unwahrscheinlich ist es, dass Bezirkssportplatz-NutzerInnen auf Toiletten verzichten, wie es auch wenig wahrscheinlich ist, dass die Mutter des kleinen Maxi für Spielplätze diese Meinung teilt.

Tatsache jedenfalls ist, dass aktuell von in Summe 99 Spielplätzen und Bezirkssportplätzen lediglich zwölf mit Toiletten ausgestattet sind – für eine Stadt, die ein Sportjahr ausgerufen hat, die sich als kinderfreundliche Gemeinde zu präsentieren pflegt, ein nicht gerade glänzendes Ergebnis. Wobei es um Toilettenanlagen im öffentlichen Raum in Graz insgesamt eher schlecht bestellt zu sein scheint, wie die Warteschlangen im Augarten zeigen, wie man von vielen verärgerten BürgerInnen etwa in Hinblick auf ÖV-Umsteigeknoten bzw. Tram- und Bus-Endhaltestellen weiß.

Jetzt mag das Thema manch einem vielleicht zu minder sein. Tatsache ist aber, dass – zurückkommend auf die Spielplätze – bei einer jüngst von engagierten Grazerinnen durchgeführten Spielplatzumfrage und Bestandsaufnahme hinsichtlich Spielplatzausstattungen die Toiletten als eine der wichtigsten Kriterien, wenn nicht gar als der wichtigste Punkt angeführt waren. Und Tatsache ist auch, dass die Frage von Toilettenanlagen im öffentlichen Raum in sehr vielen Städten ein durchaus gewichtiges Thema ist, sowohl in Hinblick auf die BewohnerInnen als auch – diesen Aspekt darf man ebenfalls nicht vergessen – als Service für den Städtetourismus. Denn sich beim Stadtbummel auf die Suche nach einem WC machen zu müssen, ist nun eben einmal alles andere als angenehm; und sich – wenn ein Kind einmal muss – gezwungen zu sehen, im nächsten Cafe etwas konsumieren zu müssen, ist auch nicht jedermanns und jederfraus Sache.

Und weil die Causa „öffentliche WC-Anlagen“ eben alles andere als unwichtig ist, hat sich sogar eine Masterarbeit an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn dem Thema „Bereitstellung von öffentlichen Toiletten in Städten – Herausforderungen für Kommunen und neue Lösungsansätze“ gewidmet.

Jetzt wissen wir, dass es unterschiedliche Herangehensweisen, unterschiedliche Lösungsansätze, eine ganze Reihe von durchaus interessanten Modellen gibt, die Bandbreite weit über die herkömmlichen Anlagen hinausreicht. Wobei deutsche Städte und Kommunen in der Schweiz mit dem Modell „Die nette Toilette“ sogar einen ganz neuen Ansatz wählten und Kooperationen mit Gastronomiebetrieben eingingen: Für einen kleinen Unkostenbeitrag durch die Kommune können die Toiletten in den entsprechenden, natürlich mit einem Sujet ausgewiesenen Gastronomiebetrieben konsumationsfrei aufgesucht werden. Sogar der BBC war die „‘Nice Toilets' everywhere“ ein Bericht wert, der heute noch auf youtube abrufbar ist. Stellt das Modell doch tatsächlich eine win-win-Situation für alle dar: Die teilnehmende Gastronomie bekommt ja nicht nur einen kleinen Unkostenbeitrag, viele gewinnen dadurch zusätzliche Gäste, machen somit zusätzlichen Umsatz; die Städte wiederum ersparen sich Hunderttausende Euro jährlich, weil sie weniger Toiletten errichten bzw. warten müssen – und natürlich empfinden es jene vielen als Erleichterung, die ein dringendes Bedürfnis verspüren und die nette Toilette beim Wirt ums Eck vorfinden. So kommt es nicht von ungefähr, dass bereits einige hundert Städte in Deutschland und in der Schweiz auf dieses Modell zurückgreifen.

Unterm Strich sollte es jedenfalls heißen: Ein geht nicht, gibt’s nicht – um dieses „kleine Problem“ zu bewältigen, stellt keine Schwierigkeit dar, ist bestenfalls eine Herausforderung, die sich durch einen Blick in andere Städte, durch das Ausloten der Umsetzungsmöglichkeiten einer Aktion wie „die nette Toilette“ und unter Einbeziehung der Bezirke sicher lösen lässt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht,

1. in Abstimmung mit den jeweiligen Bezirksvertretungen und unter Einbindung interessierter AktivbürgerInnen den Bedarf an Toilettenanlagen im öffentlichen Raum in Graz - speziell natürlich auf städtischen Spielplätzen, Bezirkssportplätzen, in Parks, an Öffi-Knotenpunkten - zu erheben und
2. entsprechende Modelle/Vorschläge auszuarbeiten, auf welche Weise dieser Bedarf gedeckt werden könnte, wobei auf jeden Fall das Modell „Die nette Toilette“ in allen Überlegungen mitberücksichtigt werden sollte.

Betreff: Verkehrsberuhigung Annenstraße

SPÖ GRAZ GEMEINDERATSKLUB

A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 29. April 2021

Die Annenstraße war einst ein echtes Aushängeschild für Graz. Gut florierende Geschäfte und ein Umfeld, in dem sich Menschen gerne getroffen und Zeit verbracht haben. Seit Jahren hat sich die Lage aber zusehends verschlechtert. Immer mehr Geschäfte haben geschlossen, Gebäude stehen leer und mittlerweile sieht man fast mehr Autos als Menschen in der Annenstraße.

Das ist sowohl aus Sicht des Klimaschutzes als auch aus wirtschaftlicher Sicht ein großes Problem. Die Luftqualität ist durch den belastenden Individualverkehr noch schlechter als in den meisten Teilen von Graz. Dieser Umstand wirkt sich unmittelbar negativ auf Anrainer:innen und auch auf Wirtschaftstreibende aus. Denn die Straße lädt nicht zum längeren Verweilen ein, was weniger Konsum bedeutet. Die Verödung der Innenstädte ist eine direkte Folge der autofixierten Stadtplanung. Wer sich noch an die hitzigen Diskussionen rund um die Umgestaltung und Verkehrsberuhigung der Wiener Mariahilferstraße erinnern kann, weiß, dass die Befürchtungen der Wirtschaftstreibenden sich nicht bewahrheitet haben. Eher im Gegenteil: die Fußgänger:innenzone, welche damals ausgeweitet wurde, trug maßgeblich dazu bei, dass auch der Konsum in der Gegend anstieg. Das ist mittlerweile auch durch eine Studie belegt, die ausgerechnet von der Wirtschaftskammer in Auftrag gegeben wurde. Die Wiener Innenstadtprojekte bringen rund 9,1 Millionen Euro Wertschöpfung zusätzlich pro Jahr. Außerdem sind in der Bauzeit 277 Vollzeitjobs entstanden und zwei Drittel der Investitionen sind ins städtische Budget zurückgeflossen.[1]

In Graz ist die Situation umgekehrt. Hier fordern die Betriebe und Geschäftsleute diese Verkehrsberuhigung sogar aktiv ein, die Stadtregierung legt sich aber quer.

Die Annenstraße ist außerdem zunehmend Konfliktort zwischen Fußgänger:innen, Radfahrer:innen vor allem im westlichen Teil der Straße. Das beste Beispiel dafür sind zwei Straßenbahneinstiegsstellen, die sich Fußgänger:innen mit Radfahrer:innen und Autos teilen müssen. Darunter leidet die Verkehrssicherheit.

Es ist also dringend Zeit, hier politisch aktiv zu werden, im Sinne der Anrainer:innen und Wirtschaftstreibenden und im Blick auf die Verkehrswende. Vorbilder, für die positiven Auswirkungen einer Verkehrsberuhigung gibt es genug. Ausnahmen für Zuliefernde, Taxis und Anrainer:innen

[1] https://kurier.at/chronik/wien/neue-studie-warum-sich-flaniermeilen-wirtschaftlich-rentieren/400651127

bleiben dabei bestehen. Ebenfalls erhalten werden die Verbindungen ab der Traungauergasse quer über die Annenstraße zwischen Hans-Resel-Gasse und Idlhofgasse, zwischen Elisabethinergasse und Volksgartenstraße und zwischen Vorbeckgasse und Sankt Georgen Gasse. Die Quergasse wird dann zu einer Sackgasse.

Die positiven Effekte kann man auch in anderen europäischen Großstädten beobachten. In Madrid heißt es schon länger „Fußgänger zuerst!“ Autos sollen möglichst aus dem Stadtzentrum verschwinden. In bestimmten Bezirken dürfen nur noch Anwohner:innen oder Inhaber:innen einer Parkberechtigung fahren. Aktuell umfasst das Sperrgebiet rund 3,5 Quadratkilometer. Künftig soll das Gebiet noch einmal um rund ein Viertel wachsen.

Die zweitgrößte Stadt Italiens, Mailand, will ihr historisches Zentrum langfristig zur kompletten Fußgänger:innenzone machen. Das weltberühmte Opernhaus und weitere Plätze sollen langsam zu einer Riesen-Fußgänger:innenzone zusammenwachsen.

Auch in den USA haben Städte gute Erfahrungen mit den dort erst seit kurzem populären Fußgänger:innenzonen gemacht. Häufig lassen die Leute sogar mehr Geld in Restaurants, Boutiquen und Bars als zuvor.

Immer mehr Autostraßen werden zu Fußgänger:innenzonen aufgewertet. Für die Lebensqualität der Grazer:innen und die wirtschaftliche Zukunft der lokalen Unternehmen macht es daher Sinn, diesen notwendigen Schritt zu setzen, um eine nachhaltige Veränderung herbeizuführen. Die Verkehrswende ist unumgänglich, wenn Graz eine Zukunft haben soll.

Viele andere Städte haben bereits vorgezeigt, welche großen Vorteile daraus entstehen können. Statt unbegründet Ängste zu schüren und am Status Quo festzuklammern, sollte die Stadtregierung diese Chance zum Wohl der Grazer:innen ergreifen.

Im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, Möglichkeiten für eine Verkehrsberuhigung in der Annenstraße zu prüfen.
- Ausnahmen für die Zulieferung, Taxis und Anrainer:innen sollen bestehen bleiben.
- Die neu geschaffene verkehrsberuhigte Zone soll ausreichend Sitzgelegenheiten bieten und stark begrünt sein.

Dringlicher Antrag

in der Gemeinderatssitzung vom 29. April 2021
eingebracht von ***Sabine Reininghaus***

Betreff: **Intensivierung der Maßnahmen gegen Antisemitismus**

Mit der „Shoah“, dem nationalsozialistischen Völkermord am jüdischen Volk, manifestierte sich das grausamste Gesicht einer menschenverachtenden und unentschuldbaren Diktatur. Aus diesem dunkelsten Kapitel der österreichischen Geschichte, erwächst die Verantwortung, sich für die Sicherheit jüdischen Lebens und für den Kampf gegen Antisemitismus einzusetzen. Diese Woche erschien der „Antisemitismusbericht 2020“, in dem 585 antisemitische Übergriffe gemeldet wurden. Wie bekannt, kam es auch in Graz zu antisemitischen Angriffen: so wurde im Februar ein Mitarbeiter der Jüdischen Kultusgemeinde mit der Bezeichnung “Scheiß Jude” beleidigt, im März ein Schüler aufgrund eines Davidstern-Ringes tätlich angegriffen und im August erschütterte der Angriff gegen den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde in Graz ganz Österreich.

Vor kurzem hatte ein Angreifer mehrere Fenster der Grazer Synagoge mit Steinen eingeschlagen, sowie pro-palästinensische Parolen auf Mauern des Gebetshauses und des nahe gelegenen jüdischen Gemeindezentrums gesprüht.

Nachdem sich der „Antisemitismusbericht 2020“ nur auf gemeldete und von ExpertInnen verifizierte Übergriffe bezieht, müssen wir leider auch von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Die hohe Zahl an Übergriffen auf das Judentum ist erschreckend, insbesondere auch deshalb, weil in unserer Gesellschaft jeder das verbriefte Recht hat, seinen Glauben öffentlich zu zeigen und auch öffentlich auszuüben.

Daraus leitet sich ein Auftrag an Politik und Gesellschaft ab, dem Problem grundlegend zu begegnen. Aufklärung, Prävention und politische Bildung müssen alle Teile unserer Gesellschaft erreichen, ob neu zugewandert, oder bereits hier ansässig.

Zum einen müssen Unkenntnis und Vorurteile abgebaut werden, zum anderen soll eine Gesellschaft fähig sein, antisemitisches, menschenverachtendes und antidemokratisches Gedankengut zu erkennen und abzuwehren. Die im September vergangenen Jahres erteilte Projektförderung zur Prävention gegen Antisemitismus, war bereits ein wichtiger Schritt, jedoch noch nicht der letzte. Wir als Gemeinderat müssen geschlossen und konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen diese Entwicklung vorgehen und unsere Bemühungen intensivieren.

Die Stadt Wien hat bereits seit 2017 eine ständige Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Antisemitismus im Wiener Gemeinderat installiert, an der sich alle Rathausfraktionen beteiligen. In dieser Arbeitsgruppe werden gemeinsam Handlungsanweisungen gegen den grassierenden Antisemitismus gesucht und die Stadtpolitik für das Problem sensibilisiert.

Eine Arbeitsgruppe nach diesem Vorbild in Graz wäre ein starkes und klares Signal, dass Antisemitismus auch in unserer Stadt nichts verloren hat.

Im Sinne einer toleranten und weltoffenen Stadt Graz stelle ich daher den

dringlichen Antrag

1) **Die Stadt Graz verurteilt auf das Schärfste jegliche Form von Antisemitismus und erneuert ihr Bekenntnis, dass in unserer Stadt kein Platz für antisemitisches, rassistisches oder extremistisches Gedankengut herrscht.**

2) **Aufgrund der österreichweit stark steigenden antisemitischen Vorfälle möge die Stadt Graz prüfen, eine ständige Arbeitsgruppe zum Thema Antisemitismus-Bekämpfung nach Wiener Vorbild einzurichten. Diese hat dem Gemeinderat zumindest 1x jährlich Bericht zu erstatten.**

3) **Die Stadt Graz wird beauftragt Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, die geeignet sind, Vorurteile abzubauen sowie die Gesellschaft zu befähigen, antisemitisches, menschenverachtendes und antidemokratisches Gedankengut zu erkennen und abzuwehren.**